

E-04 (vormals V-56) Perspektive statt Populismus: Mit sozialem Europa Zusammenhalt stärken

Antragsteller*in: BAG Europa
Beschlussdatum: 29.09.2016
Tagesordnungspunkt: E Zukunft Europa

1 Die Europäische Union ist eine historische Errungenschaft, ein Friedensprojekt, begleitet
2 von großen Hoffnungen und Erwartungen. Dazu gehören für uns soziale Gerechtigkeit genauso
3 wie Freiheit, Frieden und Gleichheit. Die europäische Integration lebt davon, dass die
4 Menschen, Regionen und Staaten solidarisch zusammenhalten. Mit der Lissabon-Strategie und
5 später der Europa-2020-Strategie wurde der sozialen Dimension der Europäischen Union
6 erstmals mit einem quantitativen Ziel Rechnung getragen. Doch leider bewegt sich die EU noch
7 immer viel zu langsam in Richtung einer sozialeren Union.

8 Um soziale Ungerechtigkeit in den Mitgliedstaaten und Europa zu überwinden und einen
9 Unterbietungswettbewerb der Mitgliedstaaten bei Löhnen, Steuern und Standards zu vermeiden,
10 wollen wir die EU in ihrer sozialen Dimension weiterentwickeln. Entscheidende
11 sozialpolitische Kompetenzen wie Lohnpolitik, Steuer- oder Sozialpolitik, liegen bisher fest
12 in nationaler Hand und halten deshalb oft nicht mit der Harmonisierung des Binnenmarktes
13 mit. Dies birgt das Risiko eines "race-to-the-bottom" sozialer Standards in Europa.
14 Unternehmen und Konzerne können die unterschiedlichen Regelungen für ihren Vorteil
15 ausnutzen, ohne auf die sozialen Folgen ihrer Handlungen Rücksicht nehmen zu müssen.
16 Bestehende europäische Erfolge im sozialen Bereich kommen andererseits leider häufig noch
17 nicht als solche bei den Menschen an.

18 Mit Mut zur Veränderung wollen wir europäische Politiken gegen soziale Schief lagen
19 diskutieren, bestehende Instrumente verbessern und neue Maßnahmen entwickeln. Wir sind davon
20 überzeugt, dass die Perspektive einer europäischen Sozialpolitik die grüne Antwort auf
21 chauvinistischen Populismus sein kann und muss. Dazu wollen wir

22 **1. Bestehendes verbessern...**

23 ... und fordern, dass die Organe der EU eine stärkere Rolle beim Abbau struktureller
24 Arbeitslosigkeit, Armut und Ausbeutung von mobilen Arbeitnehmer*innen übernehmen können und
25 den Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedstaaten fördern.

26 Ausbeutung wollen wir verhindern, indem wir im Rahmen der Entsenderichtlinie die Durchsetzung
27 des Arbeitsort-Prinzips mit „gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ auf
28 Grundlage tariflicher Regelungen durchsetzen und durch mehr Kontrollen eine sofortige
29 vollständige arbeitsrechtliche Gleichstellung Entsandter erreichen.

30 Auch im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit kann die EU einen wichtigen Beitrag leisten.
31 Wir fordern umfangreiche finanzielle Hilfen in Form öffentlicher Programme der EU-
32 Mitgliedstaaten, unbürokratische Auszahlwege, die Förderung und Mobilisierung von
33 Jugendlichen zum Beispiel durch Fremdsprachenförderung, einen Abbau von rechtlichen Hürden
34 für den Arbeitsmarkteinstieg und engere Kooperation mit Jugendorganisationen. Auch die
35 berufliche Ausbildung muss beginnend bei der Vergabe von Praktika innerhalb eines
36 Qualitätsrahmens verbessert werden, der in allen EU-Mitgliedstaaten vergleichbar sein muss.

37 Außerdem fordern wir einen auch durch Eigenmittel gestärkten EU-Haushalt, um das
38 Wohlstandsgefälle zwischen Mitgliedstaaten weiter zu verringern, europäisch gesteckte Ziele
39 zu erreichen und zur makroökonomischen Stabilität beizutragen sowie eine Neuordnung der

40 Ausgabenstruktur des EU-Haushalts. Auch die europäischen Strukturfonds müssen sich endlich
41 an den gemeinsamen nachhaltigen Entwicklungszielen der Union orientieren.

42 **2. Neues schaffen...**

43 ...und wollen erreichen, dass soziale Schutz- und Arbeitnehmer*innenrechte im EU-Recht den
44 gleichen Stellenwert erhalten wie die Grundfreiheiten des Binnenmarkts. Dazu wollen wir dem
45 Vertrag von Lissabon eine Fortschrittsklausel mittels Protokoll an die Seite stellen und
46 machen uns dafür stark, dass Europas soziale Dimension auch durch Vertragsänderungen
47 gestärkt wird.

48 Wir wollen die Freizügigkeit von Arbeitnehmer*innen in der EU fair ausgestalten und dafür
49 Willkommenszentren für EU-Bürger*innen in größeren Städten schaffen. Damit niemand durch das
50 Raster europäischer Sozialsysteme fällt, setzen wir uns dafür ein, dass nach einem
51 Aufenthalt von drei Monaten auch arbeitssuchende Unionsbürger*innen Grundsicherung beantragen
52 können, wenn sie zuvor eine Verbindung zum hiesigen Arbeitsmarkt aufgebaut haben.

53 Zudem fordern wir europäisch definierte Mindeststandards für die Gesundheitsversorgung in
54 allen Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, dass alle Menschen in Europa unabhängig von ihrem
55 Alter, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrem sozialen Status und ihrem Einkommen Zugang zu
56 einer medizinisch guten Gesundheitsversorgung haben.

57 **3. Weiter denken...**

58 ...indem wir im Wissen und unter Anerkennung der Vielfalt europäischer Wohlfahrtssysteme in
59 einen breiten Dialog mit unseren europäischen Partnern über eine künftige gemeinsame
60 Sozialpolitik treten wollen. Dabei setzen wir uns für eine europäische Basis-
61 Arbeitslosenversicherung ein, bei der Arbeitslose einen europäischen Anspruch auf eine
62 bestimmte Höhe des letzten Bruttogehalts für eine noch festzulegende Dauer zusätzlich zu
63 nationalen Ansprüchen erhalten.

64 Wir fordern europäisch definierte Mindeststandards für die Grundsicherung in Form einer
65 Mindesteinkommensrichtlinie, die festschreibt, dass allen Menschen in EU-Mitgliedstaaten ein
66 Existenzminimum in angemessener Höhe zusteht – abhängig vom nationalen oder regionalen
67 Einkommen. Zudem können wir uns ein europäisches Basis-Kindergeld vorstellen, das an alle
68 Kinder von Unionsbürger*innen in gleicher Höhe ausgezahlt wird und durch nationale
69 Sicherungssysteme ergänzt wird, die sich an den nationalen Bedarfen orientieren.
70 Mittelfristig können wir uns vorstellen, dass ein Grundeinkommen direkt aus einem
71 europäischen Topf gezahlt und durch nationale Grundsicherung ergänzt wird, die sich an die
72 Lebenshaltungskosten im jeweiligen Mitgliedstaat orientiert.